

SP fordert 1000 Franken Mindestlohn für alle Basler Lernenden im ersten Lehrjahr

Mehr Gehalt Mit einer Motion fordert Grossrätin Amina Trevisan höhere Lehrlingslöhne. Regierungsrat und Gewerbeverband sind dagegen.

Lernende in Basel-Stadt sollen mehr verdienen. «Wir fordern, dass junge Menschen im ersten Lehrjahr in allen Branchen mindestens 1000 Franken verdienen», sagt SP-Grossrätin Amina Trevisan zur BaZ. Sie hat gestern Morgen eine Motion eingereicht, die eine entsprechende Gesetzesänderung verlangt. Zwar gibt es in Basel-Stadt einen Mindestlohn von 22 Franken brutto pro Stunde, doch dieser gilt nicht für Auszubildende.

Ausgenommen von einem Mindestlohn seien Lernende in Branchen mit einem allgemein verbindlichen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), heisst es in dem Vorstoss weiter, der der BaZ vorliegt. Eine Minderheit der Auszubildenden arbeitet jedoch in einem Betrieb, bei dem die Lernendenlöhne dem GAV unterstellt sind.

Aktuell würde vor allem Politik für das Gewerbe betrieben, begründet die SP-Grossrätin die Motion. «Das ist auch in Ord-

nung.» Doch während der Staat Betriebe kontinuierlich entlaste, müsse er jetzt endlich etwas für die Jungen tun, von denen viele überlastet seien. «Viele arbeiten in ihrer Ausbildung wie Erwachsene.»

Laut Trevisan hat man es in den letzten vier Jahrzehnten verpasst, die Löhne der Auszubildenden adäquat anzupassen. «Jetzt ist die Zeit gekommen, das nachzuholen und Lernende angemessen zu vergüten.»

Hälften der Firmen zahlt Mindestlohn

Ausserdem würden gemäss einer Studie des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes heute schon die Hälften aller Betriebe 1000 Franken pro Monat im ersten Lehrjahr bezahlen, sagt die Politikerin. Also regelt es der Markt? Trevisan widerspricht: «Einige haben verstanden, dass man den jungen Leuten Sorge tragen muss. Aber es gibt halt



Auszubildende werden nach Branche sehr unterschiedlich entlohnt. Foto: Franziska Rothenbühler

immer noch genügend von den anderen.»

Gemäss der Basler Regierung, die sich auf die Plattform Berufsbildung.ch stützt, liegt der Medianlohn im ersten Lehrjahr bei 750 Franken bei der dreijährigen

gen und bei 600 bei vierjähriger Berufslehre.

«Mit einem Mindestlohn von 1000 Franken hätten Unternehmen, die heute 750 Franken zahlten, durchschnittlich Mehrkosten von jährlich etwa 3000 Franken», rechnet die Grossrätin vor. Das sei verkraftbar. Ausserdem sei es gerechter, wenn die Kosten von den Firmen statt von den Steuerzahllenden in Form von Stipendien getragen würden.

Die Spannweite zwischen den einzelnen Berufen ist jedoch gross: Bei nur gerade 16 von über 240 Berufen werden laut Berufsbildung.ch Erstlehrjahrslöhne von 1000 Franken oder mehr empfohlen. Dazu zählen beispielsweise Dachdecker, Fahrzeugschlosser, Fleischfachleute, Gemüsegärtnerinnen oder Landwirte. Zu den tiefsten Lohnempfehlungen im ersten Lehrjahr gehören mit nur gerade 400 Franken etwa Bekleidungsnäherinnen, Grafiker oder Pferdewarte.

Doch was ist mit den kleinsten Betrieben – etwa einem Coiffeursalon mit einer Chefin, einer Angestellten und einer Lernenden? Hier empfiehlt der Branchenverband laut der Berufsbildungsplattform einen Erstjahreslohn für Lernende zwischen 390 und 700 Franken.

«Wir sind uns bewusst, dass Kleinstunternehmen keine 1000 Franken im Monat zahlen können», sagt Trevisan. Daher fordert sie in ihrer Motion die Auflösung eines Fonds, aus dem diese Firmen unterstützt werden sollen.

«Negative Anreize für Arbeitgebende befürchtet»

Der Regierungsrat erachtet «die Einführung von Mindestlöhnen während der Ausbildung» nicht als sinnvoll, wie er zu einem Vorstoss aus dem letzten Jahr schreibt. Er befürchtet gar, dass Lehrstellen verloren gehen könnten. «Es könnten für Arbeit-

gebende negative Anreize entstehen, überhaupt Ausbildungsplätze anzubieten», schreibt er.

Der Gewerbeverband, der einen Mindestlohn für Auszubildende ebenfalls ablehnt, schreibt auf Anfrage: «Viele Betriebe bieten ihren Lernenden bereits heute weit mehr als den vertraglich geregelten Lohn.» Beiträge an Lehrmittel, ÖV-Abos, Verpflegung oder Zusatzkurse gehörten in zahlreichen Branchen zum Standard. «Diese freiwilligen Leistungen zeigen, dass die Betriebe Verantwortung übernehmen und die Ausbildung als Investition in die Zukunft verstehen.»

Ob die Motion von Trevisan und den Juso Basel-Stadt, die am Vorstoss mitgearbeitet haben, dereinst überwiesen wird oder nicht, ist offen. «Es wird knapp», sagt die Grossrätin. «Aber ein Versuch lohnt sich.»

Barbara Stäbler